

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Sozialausschusses am 17.09.2014
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Bestellung eines/einer Schriftführers/Schriftführerin und eines/einer Stellvertreterin	4
2 Verpflichtung der Ausschussmitglieder	4
3 Bestellung einer/eines Behindertenbeauftragten Vorlage: FB2/0065/2014	4
4 Sozialbericht 2013 - Vortrag der Verwaltung	5
5 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch Vorlage: FB2/0036/2014	5
6 Seniorenmesse 2014 Vorlage: FB2/0034/2014	7
7 Anträge	8
8 Anfragen	8
8.1 Anfrage der SPD Fraktion zum Thema "Sozialer Wohnraum" vom 26. August 2014 Vorlage: FB2/0006/2014	8
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
10 Termin der nächsten Sitzung: 27. November 2014	9
11 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Katja Giesen

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Gäste

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Vorsitzender Focken begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste zur ersten Sitzung des Sozialausschusses in der neuen Legislaturperiode und gratuliert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nochmals herzlich zur Wahl in ihr neues Amt sowie nachträglich zum Geburtstag. Er eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines/einer Schriftführers/Schriftführerin und eines/einer Stellvertreterin

Auf Vorschlag der Verwaltung werden einvernehmlich Frau Bettina Scholten zur Schriftführerin und Frau Angela Römmler-Graf zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

2 Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Die nachfolgend aufgeführten Ausschussmitglieder werden durch Vorsitzenden Focken in ihr Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet:

Frau Barbara Büchner
Herr Josef Gather
Frau Nicole Joliet-Heising
Herrn Wolfgang Schwenzer
Herrn Peter Vossen

3 Bestellung einer/eines Behindertenbeauftragten Vorlage: FB2/0065/2014

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, Herrn Dr. Lothar Chaillié erneut zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Meerbusch zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert unter Bezugnahme auf die im Jahr 2009 beschlossene Satzung über Belange von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Meerbusch nochmals kurz über Amt und Aufgaben des Behindertenbeauftragten.

Herr Dr. Chaillié habe diese Aufgabe in den vergangenen Jahren engagiert wahrgenommen, insofern schlage die Verwaltung ihn nunmehr auch hinsichtlich der neuen Legislaturperiode für die Übernahme des Amtes vor. Die Stellvertreter der vergangenen Wahlperiode stünden für die Aufgabe nicht mehr zur Verfügung. Zwischenzeitlich habe sich jedoch eine an der Stellvertretung interessierte Person gemeldet. Da seitens der Interessentin wie auch seitens der Verwaltung noch Klärungs- und Informationsbedarf bestehe, werde diesbezüglich zeit-

nah ein Austausch erfolgen. Über das Ergebnis könne dann auf der nächsten Sitzung des Sozialausschusses entsprechend informiert beziehungsweise beraten werden.

4 Sozialbericht 2013 - Vortrag der Verwaltung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass es sich bei dem nunmehr vorliegenden Sozialbericht nach den Dokumentationen für 2008 und 2011 bereits um die dritte Auflage des Berichtswerkes handele.

Der Sozialbericht sei als Nachschlagewerk zu verstehen, das sowohl über die sozialpolitische Lage in Meerbusch wie auch über rechtliche Hintergründe informieren wolle. Er sei auch ein Indikator dafür, wo die Stadt Meerbusch sozialpolitisch stehe. Neben der Dokumentation der Entwicklungen seit 2008 stelle der Bericht eine steuerungsrelevante Grundlage für zukünftige Entscheidungen dar.

Der Bericht verdeutliche sehr wohl, dass man sich auch in Meerbusch nicht auf einer Insel der Glückseligen befände, die Stadt aber dank ihrer Bevölkerungsstruktur in vielen Bereichen deutlich besser dastehe als andere Kommunen.

Der Bericht sei ihrer Meinung nach erneut gut gelungen. Sie bedanke sich daher für die aufwändige Arbeit bei allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihrer Verwaltung.

Im Anschluss an die einleitenden Worte der Bürgermeisterin gewährt Herr Annacker anhand einer Folienpräsentation einen ersten Einblick in die wesentlichen Kapitel des Berichtes und erinnert auch bildlich an die in den vergangenen Jahren etablierten Projekte und Aktivitäten im sozialen Bereich.

Nach Beantwortung der Fragen zur Berichterstattung aus dem Ausschuss wird mehrfach der Wunsch geäußert, die konkreten Inhalte nach Kenntnisnahme auf einer der nächsten Sitzungen erneut zu diskutieren. Vorsitzender Focken erklärt, dass er beabsichtige, den Bericht bereits wieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung im November zu setzen.

Bezüglich einer Anfrage von sachkundigem Bürger Schwentzer inwieweit Informationen vorlägen wie viele arbeitslose Jugendliche eine Lehrstelle gesucht hätten, aber dennoch unverorgt geblieben seien, erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Stadt bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit nicht Aufgabenträger und insofern auf Statistiken und Informationen der Bundesagentur und der Jobcenter angewiesen sei.

5 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch Vorlage: FB2/0036/2014

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage und informiert über den drastischen Anstieg der Zuweisungen gegenüber den Vorjahren.

Da inzwischen auch die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes überlastet seien, erfolge eine entsprechend schnelle Zuweisungen an die aufnehmenden Kommunen. Gleichzeitig könn-

ten die bereits in den Übergangwohnheimen lebenden anerkannten und geduldeten Asylbewerber aber nicht in regulären preisgünstigen und der Größe nach angemessenen Wohnraum vermittelt werden. Auch Abschiebungen fänden nicht statt. Unter Berücksichtigung der gegebenen Belegungshemmnisse bei der Unterbringung der Flüchtlinge seien die städtischen Übergangwohnheime nunmehr nahezu ausgelastet. Eine Unterbringung erfolge daher auch bereits in den städtischen Obdachlosenunterkünften. Positiv sei aber die Etablierung der Wohnungsnothilfe zu bewerten. Nach einer schwierigen Anfangssituation sei hinsichtlich der getroffenen Kooperation mit der Caritas eine sehr positive Entwicklung zu verzeichnen. Seit Beginn des Projektes konnten bereits 62 wohnungslose Personen in regulären Wohnraum vermittelt werden. Ferner fänden die Flüchtlinge in den Übergangwohnheimen Unterstützung durch die dort ansässigen Sozialpädagogen, das Ehrenamtforum und die in beiden Häusern etablierten ehrenamtlichen Sprachförderkurse. Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung sei jetzt auch die Ausweitung des Personals in der Verwaltung unumgänglich.

Hinsichtlich der Aufwendungen für die Asylbewerber führt die Bürgermeisterin aus, dass während im Jahr 2012 noch ca. 928.000 € aufgewendet worden seien, im laufenden Jahr mit einer Kostenbelastung in Höhe von ca. 1,6 Mio gerechnet werden müsse, ca. 380.000 € davon seien überplanmäßig bereitzustellen. Die entsprechende Zuweisung des Landes betrage 200.000 € im Jahr 2012 und ca. 323.000 € für 2014. Besonders erwähnenswert seien in diesem Zusammenhang auch die Krankenhilfekosten für die Asylbewerber, die in Einzelfällen bei über 100.000 € lägen. Diesbezüglich sei dringend eine Landesregelung erforderlich. Es dürfe nicht sein, dass allein die Kommunen durch diese Kosten belastet würden.

Hauptproblem bleibe jedoch die Unterbringung des noch bevorstehenden Zustroms neuer Flüchtlinge. Daher müsse im Zusammenhang mit den in den nächsten Monaten im Stadtgebiet anstehenden Immobilienentscheidungen auch ein Vorschlag für die Unterbringung weiterer Asylbewerber erfolgen. Insofern sei man bis zur nächsten Sitzung in der Sache voraussichtlich schon einen Schritt weiter.

Auf Rückfrage von Ratsherrn Eckert, welche konkreten städtischen Gebäude für die Unterbringung vorgesehen oder welche Ideen vorhanden seien, teilt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage mit, dass zunächst noch klare Konzepte im Sinne der Bewertung von Varianten erstellt werden müssten. Insbesondere die weitere Entwicklung der Grundschullandschaft sei ein komplexer Sachverhalt. Bislang sei die Sache daher noch nicht spruchreif. Ratsherr Eckert äußert seine Befürchtung, dass unter Berücksichtigung der Landesaufnahmequote auch vor Ort kurzfristig weiter mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen und ein Engpass zu befürchten sei. Den weltweiten Konfliktsituationen müsse planerisch Rechnung getragen und menschenwürdige Unterkünfte geschaffen werden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt in diesem Zusammenhang nochmals, dass derzeit noch ca. 40 Plätze in städtischen Immobilien kurzfristig zur Verfügung gestellt werden könnten. Insbesondere im Hinblick auf mögliche Änderungen hinsichtlich des Aufnahmeverfahrens sei es im Moment nicht vertretbar Neubauten zu realisieren.

Ratsherr Wartchow verweist auf die bislang gute Unterbringungssituation der Flüchtlinge in Meerbusch. Es sei zunächst vorrangig Aufgabe der Verwaltung die Menschen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort unterzubringen. Ratsherr Fliege bestätigt diese Auffassung und

verweist auf die Befindlichkeiten der Anwohner bei entsprechenden Planungen. Insofern müssten diese tatsächlich gut vorbereitet sein.

Auf Anfrage von Ratsfrau Niegeloh erläutert die Verwaltung, dass bislang in Meerbusch keine unbegleiteten Minderjährigen aufzunehmen waren. Auch hätte die Masernepidemie in den verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes keine Auswirkung auf die städtischen Unterkünfte gehabt, da das Land die Verteilung zunächst kurzfristig eingestellt habe. Ratsfrau Pricken betont nochmals die besondere Bedeutung des Wach- und Pfortendienstes in den Heimen, die erheblich dazu beitragen, das mit der starken Auslastung steigenden Konfliktpotential zwischen den Menschen unterschiedlicher Kulturen zu entschärfen. Ein solcher Dienst sei auch für die zukünftigen Planungen zu berücksichtigen. Ferner verweist sie auf die Kleiderkammer in der Einrichtung Am Heidbergdamm. Dort würden derzeit insbesondere Kleidungsstücke für die männlichen Einzelpersonen benötigt. Kleiderspenden sollten aber auf jeden Fall vorab mit der Einrichtung abgestimmt werden.

Ratsherr Berthold erkundigt sich inwieweit Mittel für Maßnahmen zur Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten bereits in den Mittelanmeldungen für 2015 vorgesehen seien und ob die Stadt Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber im Sinne des § 5 Asylbewerberleistungsgesetzes anbiete. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verneint die bisherige Berücksichtigung entsprechender Aufwendungen im Haushalt 2015. Im Bedarfsfall müssten die Mittel aber ohnehin bereitgestellt werden. Hinsichtlich der Arbeitsgelegenheiten informiert die Verwaltung, dass diese zwar grundsätzlich als hilfreich und wünschenswert erachtet würden, eine praktische Umsetzung jedoch noch nicht realisiert werden konnte. In diesem Zusammenhang erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass es sich auch zunehmend schwieriger gestalte im privaten Sektor Arbeitsgelegenheiten zur Ableistung von Arbeitsaufgaben im Rahmen der Jugendgerichtshilfe zu finden, so dass auch diese Menschen nahezu ausschließlich im städtischen Bereich untergebracht werden müssten. Ratsherr Fliege regt hierzu interkommunale Kooperationen beispielsweise mit Düsseldorf an. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage kündigt an, das Thema auf einer der nächsten Sitzungen erneut aufzugreifen zu wollen.

6 Seniorenmesse 2014 **Vorlage: FB2/0034/2014**

In Ergänzung zu der Informationsvorlage informiert die Unterzeichnerin über den aktuellen Stand der Planungen für die im Oktober anstehende Seniorenmesse unter dem Motto LebensART. Neben den altbewährten Bausteinen der Veranstaltungen im Jahr 2010 und 2012 soll es in Kooperation mit der VHS auch kreative Mitmachangebote für Senioren im künstlerischen Bereich geben. Ferner findet im sogenannten „Rheinischen Kulturcafé“ ein buntes Programm rund um die rheinische LebensART statt. Aus Kapazitätsgründen sei die Messe bislang gemeinnützigen Anbietern einschließlich der Wohlfahrtsverbände vorbehalten. Schriftliche Informationen zu kommerziellen Anbietern können jedoch auf Anfrage dort ausgelegt werden.

7 Anträge

8 Anfragen

8.1 Anfrage der SPD Fraktion zum Thema "Sozialer Wohnraum" vom 26. August 2014 Vorlage: FB2/0006/2014

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

In Meerbusch befänden sich derzeit noch 736 Wohneinheiten in einer Miet- und Belegungsbindung infolge einer öffentlichen Förderung. Ferner gäbe es ca. 580 weitere Wohnungen mit einer den Sozialwohnungen vergleichbaren Miethöhe.

Im Zusammenhang mit der Teilraumentwicklung der Böhlersiedlung sei von der GWH derzeit die Schaffung von ca. 60 mittelbar geförderten Wohneinheiten geplant. Dies bedeute, dass nicht die geförderten Wohnungen durch Transferleistungsbezieher bezogen würden, sondern die GWH müsse stattdessen aus ihrem Bestand jede freiwerdende Wohnung als Ersatzwohnung anbieten, bis insgesamt die Wohnfläche der 60 geförderten Wohnungen erreicht sei. Für diese Wohnungen werde die GWH nach derzeitigem Stand ein sogenanntes Besetzungsrecht einräumen, das heiße, dass durch die Stadt im Bedarfsfall eine berechtigte Person oder Familie benannt werden könne, mit der die GWH dann einen Mietvertrag schließen müsse. Vorteil dieses Verfahrens sei die Vermeidung einer Gettoisierung.

Ferner sei auch für das alte Bauhofgelände die Schaffung von rund 50 Wohneinheiten vorgesehen, so dass hier bei der Vermarktung des Grundstückes die 30% Quote für die Schaffung von sozialem Wohnungsbau zu realisieren sei.

Auch für die Bebauung am Frankenweg seien ca. 120 öffentlich geförderte Wohneinheiten vorgesehen. Die lärmtechnischen Prüfungen diesbezüglich seien inzwischen abgeschlossen.

Schließlich beabsichtige die GWG auch am Eulengrund 5 öffentlich geförderte Wohnungen zu errichten.

Hinsichtlich Anfragen aus dem Ausschuss, inwieweit man die GWH auffordern könne, die als Ersatzwohnungen vorgesehenen Einheiten im Hinblick auf die notwendige Unterbringung von Einzelpersonen zu verkleinern, verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf das bisherige Entgegenkommen und Engagement der Investorin in der Böhlersiedlung, welches der Siedlung sicherlich gut tun werde.

Abschließend informiert Vorsitzender Focken, dass Gespräche bezüglich der Schaffung weiterer öffentlich geförderter Wohnungen sowohl mit Carat wie auch im Hinblick auf die Planungen zum Böhlererweiterungsgelände erfolglos verlaufen seien.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es ist kein Bericht erforderlich.

10 Termin der nächsten Sitzung: 27. November 2014

11 Verschiedenes

Schulneulingsuntersuchung

Hinsichtlich einer Anfrage aus dem Ausschuss bezüglich der Berichterstattung zur Schulneulingsuntersuchung 2013 erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, auch die Verwaltung sei durch die Berichterstattung überrascht worden. Hinsichtlich der Unterernährung einzelner Kinder sei festzustellen, dass die Elternschaft aus gutsituierten Familien sehr bewusst auf die Schlankheit der Kinder achte. Vielmehr Sorgen bereite jedoch die Feststellung im Bereich Sprachentwicklung. Diesbezüglich habe sie bereits bei Gesundheitsdezernent Mankowski die erneuten Informationsdefizite bezüglich der Untersuchungsergebnisse moniert. Um die Problematik gezielt präventiv angehen zu können, seien einrichtungsscharfe Daten unumgänglich.

Barrierefreier Ausbau von Friedhöfen

Der aktuelle Sachstand ist der Verwaltung nicht bekannt und wird in der Niederschrift mitgeteilt.

Anmerkung der Unterzeichnerin:

Folgende Friedhöfe verfügen zwischenzeitlich über behindertengerechte Toiletten:

- neuer Friedhof Büberich
- Friedhof Strümp
- Friedhof Rheinstr. Lank
- Friedhof Nierster Str. Lank

Für das kommende Jahr ist vorbehaltlich der Mittelbereitstellung der Umbau des Friedhofs in Osterath geplant.

Vorsorgeimpfungen

Herr Dr. Chaillié erkundigt sich nach dem Einfluss der Stadt bezüglich der Inanspruchnahme von Vorsorgeimpfungen. Herr Annacker informiert darüber, dass Eltern bereits im Rahmen der Babybegrüßung durch den Babybesuchsdienst ausführlich über die Bedeutung von Impfungen informiert würden. Ferner erläutert er kurz das Meldeverfahren hinsichtlich unterbliebener Vorsorgeuntersuchungen (U-Untersuchungen). In den gemeldeten Fällen verschicke das Jugendamt eine Erinnerung an die Eltern. Allerdings seien versäumte Untersuchungen nicht als Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung zu bewerten. Letztendlich erfolgten die Impfungen wie auch die Vorsorgeuntersuchungen auf rein freiwilliger Basis.

Meerbusch, den 29. September 2014

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in